

Kommentar zur Jahrestagung der Initiative Verfassung vom Volk (VvV)

Die Initiative Verfassung vom Volk traf sich zu ihrer Jahrestagung in Berlin in der Danziger Straße 50. Nach längerer Ruhephase meines Politikinteresses war dies ein Ereignis an dem ich nicht vorbei kam. Es versammelten sich hier aufrechte Demokraten, die zumeist in verschiedenen Initiativen, Vereinen oder Protestbewegungen schon die Ernsthaftigkeit ihres Gestaltungswillen unter Beweis gestellt hatten.

Die Gruppe [artikel20gg](#), welche sich, an dem Slogan „Erneuerung der BRD an ihren eigenen Idealen“ erwärmt, übernahm in erstaunlich selbstloser Art die Organisation der Veranstaltung. Das Kernanliegen wurde von der aus dem Raum Hannover stammenden Gruppe [Verfassung vom Volk \(VvV\)](#) formuliert. Auch konzeptionelle und strategische Überlegungen sind auf die VvV Gruppe mit ihrem Vorsitzenden Heinz Kruse zurückzuführen. Vordergründig sind an dieser Stelle die Erfahrungen von VvV zu nennen, welche im Raum Hannover entstanden sind und die Schlussfolgerung enthielten, dass eine rein auf das Kernthema fokussierte Bewegung das deutsche Gemüt nicht ausreichend bewegt.

Der Kern ist eine vom Souverän Volk durchzusetzende Verfassung vom Volk, welche mindestens dem Sinne nach in den folgenden 3 Punkten hinreichend beschrieben ist:

- 1) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Volksabstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. Die Ergebnisse von Volksabstimmungen sind bindende Grundlage für politisches Handeln.
- 2) Vor wichtigen politischen Fragen und Grundsatzentscheidungen ist das Volk nach seinem Willen zu befragen.
- 3) Das Volk bestimmt alleinig die Inhalte der Verfassung. Ein geeignetes praktisches Verfahren ist dem Volk innerhalb von zwei Jahren zur Abstimmung vorzulegen.

Der oben beschriebene Kern lässt sich weiter destillieren. So möchte ich die vorjustische Formulierung der Punkte 1 und 3 verdampfen lassen. Um das Destillat benennen zu können. Dies Destillat ist der Punkt 2. Skeptische Gemüter mögen ihre Angriffspunkte an dem Dargestellten finden. Wer mehr juristisch ausformulierte Texte benötigt schaue sich doch bitte die entsprechenden Paragraphen in der französischen, der britischen, der irischen, der italienischen und insbesondere die schweizerische Verfassung an. Die Schweiz regelt den direkt-demokratische Anteil ihrer Verfassung in den Paragraphen 136 – 142. Diese Paragraphen sind klar und einfach formuliert, die Implementierung in das Grundgesetz, welches nach der Implementierung den klangvollen Namen Verfassung tragen soll, ist keine Frage des juristischen Sachverstandes oder der zu weilen damit verwechselnden Intelligenz. Es ist eine Frage des Mutes, des Vertrauens in unsere Mündigkeit und unsere Fähigkeit uns in einem gelebtem demokratischen Prozess zu organisieren. Die unparteiische, nicht partikulierende Verwendung des Plurals bezieht sich hier selbstverständlich auf alle wahlberechtigten Bürger Deutschlands. Die schon lange in dieser Sache Aktiven haben eine neue Möglichkeit sich für das gemeinsame Ziel zu verbrüdern.

Der Prozessgedanken bei der Durchsetzung eines Verfassungsreferendums, die notwendigerweise einer gewissen Organisationsstruktur bedarf, ist auf der Startseite der [SFFG](#) skizziert. Die SFFG bekommt mit einer Verfassung vom Volk Initiative einen belebend wirkenden inhaltlichen und personellen Konsens. Sehr ähnlich sind die Gedanken auf [UnPartei e.V.](#), [Omnibus](#) und [Initiative Gemeinwohl](#), welche ebenfalls auf der Jahrestagung vertreten waren.

Weiterhin war die Partei die [Deutsche Mitte](#) mit ihrer Galionsfigur Christoph Hörstel mit einem klassischem Podiumsvortrag vertreten. Der in klassischer Wahlkampfmanier durchgeführte Vortrag stieß auf allgemeine Ablehnung. Die Realität des „politischen Geschäfts“ wurde den Tagungsteilnehmern und Anhängern von VvV somit allerdings nochmals in Erinnerung gerufen. Thematische Überschneidungen von VvV und Deutsche Mitte beim Thema bundesweiter Volksentscheid sind nicht zu leugnen. Allerdings war allen Teilnehmern klar, dass dieser Abklatsch von dem was schlecht ist an den bestehende Parteien zu vermeiden ist. Neben der klaren

Führerstruktur von Deutsche Mitte ist die Vorspiegelung von Sachkompetenz in allen möglichen Bereichen nicht der Weg, welcher von VvV eingeschlagen werden wird.

Die Initiative **MehrDemokratie** konnte sich nicht zu einer offiziellen Teilnahme durchringen. Die klaren und entscheidenden Differenzen werde ich in einem folgendem Kommentar dieser Art unter dem Titel „Der fehlende Part von Mehr Demokratie“ darstellen. Bei einer ersten Recherche des Ansatzes von Mehr Demokratie fällt auf, dass dieser Ansatz lediglich eine plebiszitäre Ergänzung der bestehenden repräsentativen Demokratie vorsieht. Damit wird dem am Boden liegendem, real-existierendem demokratischen Willensbildungsprozess nicht genügend Rechnung getragen. Insbesondere ist die Herumjuristerei am Artikel 23, wo lediglich ein Punkt durch ein Komma ersetzt werden soll, unverständlich. Dieser Artikel sieht die Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU vor. Meiner entschiedenen Auffassung nach kann ein „mehr an Demokratie“ letztlich nur durch den umgekehrten Prozess, also Übertragung von supranationalen Hoheitsrechten auf die Regionen, realisiert werden. Einiges würde dann - unter tatsächlicher Beachtung des Subsidiaritätsprinzips - auf national-staatlicher Ebene kleben bleiben müssen. Wer an dieser Stelle verwaltungstechnische Effizienzgewinne, unternehmerische Skalenerträge oder gar imperialistische Konkurrenz Überlegungen zu den Wirtschaftsregionen USA und China ins Felde führt, konnte sich leider nicht aus dem neo-liberalen Ideenkomplex befreien. Diese Ideen mögen ihre Zeit gehabt haben sind aber nicht im Stande die gewaltigen Herausforderungen der Zukunft anzugehen.

Die Aussage von Goethe:

„Niemand ist hoffnungsloser versklavt als der, der fälschlicherweise glaubt frei zu sein“

trifft den Zeitgeist oder den Bewusstseinszustand der großen Masse der Bürger der Bundesrepublik. Trotz aller vorgespielten liberalen Freiheiten und Möglichkeiten vereinzeln Sie sich und fügen sich blind-links ein in eine „**verwaltete Welt**“ mit ihren internationalen Konzernen, die im Jahre 2017 und den Folgenden auch ihre Wohlstandsverheißungen nicht mehr erfüllen kann.

Diese angedeutete falsche Vorstellung der Freiheit war bei den Besuchern der Jahrestagung von VvV längst durchbrochen. Keiner der Anwesenden schenkte dem real existierenden Demokratischem-Willensbildungsprozess auf dem Gebiete Deutschlands mit den dazugehörigen Parteien und Medien sein Vertrauen. Es wird die Legitimität des Bestehenden hinterfragt. Nicht in dem Sinne, wie ein Jurist bestehende Gesetzestexte gegeneinander abwägt, sondern in dem Sinne, wie die Bürger der DDR in den Jahren 1989 ff. eine Demokratie für ihren Staat einforderten.

Robert Pratersch